



# VORWÄRTS



## sozialistische zeitung

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen Linkspartei (SLP)

erscheint seit 1983 Nr. 180

April 2009

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

### Österreich



#### Wahlen in Kärnten und Salzburg

Die Enttäuschung über die Politik der Bundesregierung hat, vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, Wahlschläppen für SPÖ & ÖVP gebracht. Die SLP Bundesleitung bilanziert die jüngsten politischen und sozialen Entwicklungen und diskutiert Zukunftsszenarien.

SEITE 2

### Betrieb & Gewerkschaft



#### Gewerkschaften und Sozialstaat

Im Juni hält der ÖGB einen Kongress ab. Dafür werden verschiedene Resolutionen vorbereitet. Diese sind allerdings lahm "Schnee von gestern" und nicht tauglich, auf aktuelle Fragen Antworten zu geben.

SEITE 3

### Schwerpunkt



#### 20 Jahre Kapitalismus in Osteuropa

VORWÄRTS setzt sich mit der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation in den Staaten Osteuropas auseinander – eine Geschichte von enttäuschten Hoffnungen.

SEITEN 4/5

### Internationales



#### Irland: Der keltischen Tiger in der Krise

Die gegenwärtige Krise hat die Fragilität des wirtschaftlichen Aufschwungs zum Vorschein gebracht. Gleichzeitig bringt die Wirtschaftskrise auch enorme politische und soziale Belastungen.

Seite 7

## Länger Arbeiten? Weniger verdienen?

# Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Europaweit gehen Tausende in diesen Tagen auf die Straße. Und das ist gut so! Denn Widerstand gegen Nulllohnrouden und Sozialabbau ist notwendig. Bei uns gehören die LehrerInnen zu den ersten Betroffenen einer massiven Angriffswelle von Regierung und Unternehmen.

von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Die LehrerInnen sind nur der Anfang: SPÖ und ÖVP glauben, mit Mobbing und Spaltung der ArbeitnehmerInnen, eine Berufsgruppe isolieren zu können. Tatsächlich wird kein SchülerIn vom Schmiedangriff profitieren. (Siehe offener Brief eines Schülers S.6) Es geht um Stellenabbau und Arbeitszeitverlängerung. Und: Wenn bei den LehrerInnen ein Arbeitszeitverlängerung durchgeführt - dann gehts bei anderen Berufsgruppen weiter!

#### Wer zahlt für die Krise?!

Wir ArbeitnehmerInnen finanzieren bereits weite Teile der Kurzarbeit durch die AMS-Beiträge. Die Finanzspritzen an die Banken sind unsere Steuer- und Gebührenerhöhung.

Aber die Unternehmen wollen mehr: Über "Notkollektivverträge" soll die Bezahlung gekürzt werden. Der Ring



Freiheitlicher Wirtschaftstreibender RFW verlangt sogar "Notverordnungen" mit denen Unternehmen ohne allgemeine Schutzbestimmung Bezahlung und Arbeitszeit diktieren können. (Siehe Kommentar S. 2)

#### Die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen

Das ist nicht nur verheerend für die Betroffenen, sondern reißt große Löcher in die Kranken- und Pensionskassen. Das AMS kommt doppelt unter Druck, weil es mehr Geld für Erwerbsarbeitslose und Kurzarbeit braucht, aber weniger einnimmt. Mehr Arbeitslose bedeuten weniger Krankenkassenbeiträge. Ohne massive Gegenwehr der Betroffenen und ihrer Gewerkschaften droht eine Krankenkassen"reform" auf dem Rücken der PatientInnen. Wegen der geringeren Pensionseinnahmen macht auch wieder die Idee, dass Pensionssystem anzugreifen, die Runde. Und das alles ist erst der Anfang...

#### Widerstand in und aus den Gewerkschaften ist dringend nötig ...

Angesichts von Krise und Regierungsangriffen: Wo ist der ÖGB? Das politische Konzept der Gewerkschaftsspitzen lässt sich - etwas verkürzt - so beschreiben: "Zuerst wollen wir über alles verhandeln, dann machen wir große Zugeständnisse". Diese Politik schadet den Beschäftigten, denn mit sozialpartner-schaftlicher Politik können die Auswir-

kungen der Krise nicht abgewehrt werden. Gefragt ist kämpferische und demokratische Gewerkschaftspolitik. Die Gewerkschaft muß sich endlich vom Akzeptieren der "kapitalistischen Sachzwänge" verabschieden! (Zur Zukunft von Sozialstaats und ÖGB siehe S.3)

#### Gemeinsamer betrieblicher Widerstand statt allgemeine Ohnmacht

"Was sollen wir sonst machen?" fragen sich viele BetriebsrätInnen und GewerkschaftsaktivistInnen. Kampfmaßnahmen sind nötig - auch an den bürokratischen Strukturen des ÖGB vorbei. Es geht darum, soziale Verschlechterungen abzuwehren und für eine politische Alternative zu kämpfen. Die große Demonstration "Wir zahlen nicht für Eure Krise" am 28. März war ein erster Schritt in diese Richtung. Betrieblichen Widerstand gibt es derzeit bei LehrerInnen, Post, Postbus, Druckern uvm. Dieser Widerstand sollte ausgebaut und zusammengeführt werden.

#### Für einen bundesweiten Streik gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise

Eine breite Solidaritätsbewegung mit den LehrerInnen ist notwendig. Mit einer Mobilisierung in Schulen, Universitäten, Arbeitsämtern und Betrieben können wir Druck auch auf die Gewerkschaftsspitzen machen. Möglichst viele kämpferische BetriebsrätInnen sollten auf Betriebsversammlungen Al-

ternativen zur Kurzarbeit diskutieren und mit der Belegschaft beschließen. Bei Betriebsversammlungen können sich Betroffene (z.B. PostlerInnen und LehrerInnen) gegenseitig einladen und gemeinsame Aktionen organisieren.

Ein bundesweiter Streiktag rund um den Aktionstag des EGB am 16.5. wäre ein nächster Schritt. In Frankreich streiken und kämpfen in diesen Tagen 100tausende ArbeitnehmerInnen gegen die Auswirkungen der Krise - auch wir wollen mit Regierung und Unternehmen französisch reden! (Siehe S.7) Aber mit einer kämpferischen Gewerkschaftsbewegung alleine kommt man nicht gegen die kapitalistische Krise an. Dazu braucht es letztlich eine politische Alternative, ein antikapitalistisches sozialistisches Gesellschaftsmodell.

#### Wir wollen eine sozialistische Alternative

Die kapitalistische Krise kann nicht mit mehr kapitalistischer Politik gelöst werden. Die Sozialistische Linkspartei SLP steht für:

- ! Statt Kurzarbeit und Massenarbeitslosigkeit: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 30 Stunden ohne jede Kürzung von Löhnen und Gehältern.
- ! Außerdem: 1100.- Euro Mindestlohn netto und ein dauerhaftes Arbeitslosengeld, dessen Mindesthöhe sich an diesem Mindestlohn orientiert.
- ! Weg mit der Geheimniskrämerei: Offenlegung von Budget und Unternehmensunterlagen. Wo ist das Geld, das wir in den letzten Jahren erwirtschaftet haben? Unternehmen und Reiche sollen für die Krise zahlen.

AUA, Post, Telekom, Postbus sind gute Beispiele für das Scheitern von Privatisierungen und Profitwirtschaft. Wir sagen: Lasst die Arbeit jene machen, die sie können - Belegschaft und Allgemeinheit. Wir fordern eine Vergesellschaftung der wichtigsten Banken und Betriebe. Keine Privatisierung nach kapitalistischen Spielregeln wie in den 1970er Jahren sondern eine nach den Bedürfnissen der Menschen demokratisch organisierte und geplante Wirtschaft. Denn das größte Opfer der Krise sollte der Kapitalismus selbst sein!

## Der Standpunkt

Neues von der  
"Sozialen Heimatpartei"



von Sonja Grusch,  
SLP-  
Bundessprecherin

Frau Meier, 38, Mutter eines 12jährigen Kindes, findet einen neuen Job. Sie arbeitet, je nachdem wie das Unternehmen sie braucht, zwischen 2 und 12 Stunden pro Tag. Die Bezahlung erfolgt nach geleisteter Arbeitszeit, Mehrstundenzuschläge gibt es nicht. Sonderzahlungen gibt es auch nicht. Der Stundenlohn liegt bei 4 Euro, denn Frau Meier ist nicht mehr die Jüngste. Wenn das Unternehmen sie nicht mehr braucht, endet das Dienstverhältnis von einem Tag auf den Anderen. Beim Einstellungsgespräch wurde klar gemacht, dass eine neuerliche Schwangerschaft ein sofortiger Kündigungsgrund ist und dass die Firma keine Rücksicht auf Kinderbetreuungspflichten nehmen könne. Frau Meier hat den Bedingungen freiwillig zugestimmt.

So, oder so ähnlich sieht die Wunschwelt des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW) aus. Dieser hat eine Resolution verabschiedet, in der eine Notverordnung gefordert wird. "Den Betrieben muss erlaubt sein, eigenständig und ohne Einfluss der Sozialpartner und der Politik, einzig und allein im Einvernehmen mit allen im Betrieb Betroffenen, maßgeschneiderte Überlebensstrategien zu treffen und umzusetzen." Kurz gesagt geht es darum, die Entscheidungen über Bezahlung, Arbeitszeit, Überstundenbezahlung, Urlaub, Sonderzahlungen, Kündigungsfristen etc. auf betriebliche Ebene zu verlegen. Weg mit den Gewerkschaften, weg mit allen Gesetzen, die in diesem Bereich etwas regulieren.

Der RFW ist die Wirtschaftsorganisation der FPÖ. Mag sein, dass die Resolution nicht mit Strache&Co. abgestimmt war. Kritik daran gibt es aus FPÖ-Kreisen aber auch keine. Lassen wir mal beiseite, dass Notverordnungen in der Regel Instrumente von Diktaturen sind. Und dass in faschistischen Regimes die Entmachtung der Gewerkschaften oberstes Ziel war.

Worum geht es? ArbeitnehmerInnen das Mittel der Solidarität zu nehmen. Sie zu vereinzeln und damit leichter erpressbar zu machen. Statt dass sich Beschäftigte durch gemeinsames Auftreten, durch Gewerkschaften und Arbeitskämpfe Verbesserungen erkämpfen können, sollen diese bestenfalls soziale Unterstützung vom Staat bekommen, wenn sie brav waren. Und das findet sich auch - versteckt - bei den FPÖ-Forderungen.

## Impressum:

Eigenleiter, Herausgeber, Verleger und  
Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP),  
1070 Wien, Kaiserstr. 14/11, Druck: Druckerei  
Fiona, Wien, Herstellung und Verlegerort: Wien,  
DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97U  
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

## Was bedeuten die Ergebnisse der Landtagswahlen in Salzburg und Kärnten?

# Unzufriedenheit wächst, Rechte gestärkt

Eine Stellungnahme der  
SLP-Bundesleitung

Der Hintergrund der Wahlen bestand in der tiefsten Wirtschaftskrise in der Geschichte der 2. Republik. Auch die bundespolitische Ebene spielte massiv mit: ÖVP und SPÖ haben letztlich miserable Ergebnisse eingefahren.

### Salzburg: SPÖ-Wohlfühlstrategie scheitert an Krise und unsozialer Politik

Insbesondere in Salzburg waren soziale Themen und die Frage von Jobverlusten von zentraler Bedeutung. In Hallein ist die Schließung der traditionsreichen Papierfabrik beschlossene Sache. Ca. 500 Arbeitsplätze gehen verloren. SPÖ, Gewerkschaft und Arbeiterkammer hatten sich auf rein formalen Protest, die Organisation einer Alibidemonstration und eine Beschwerde in Brüssel beschränkt, um die Schließung zu verhindern. Bei der Demonstration verkündete Burgstaller noch, wie froh sie darüber wäre, dass in Hallein nicht gestreikt würde, um die Arbeitsplätze zu retten. Letztlich wurden die Beschäftigten und BetriebsrätInnen von mangel im Stich gelassen und ihre Arbeitsplätze geopfert. Der SPÖ wurde hier ein deutlicher Denkkzettel verpasst. Die SPÖ verlor - nicht nur - in Hallein ein Drittel ihrer Stimmen und rutschte von 38,1% auf 25,5%

ab. Der "Wohlfühlwahlkampf", mit dem Aufruf Burgstaller zu wählen, weil "ihre Art den Unterschied macht" war eine Verhöhnung der Menschen, die von Wirtschaftskrise, steigender Arbeitslosigkeit und Verarmung betroffen sind. Aus Mangel an echten Alternativen stimmten viele Menschen für die einzige Partei, die zu mindest in Worten ihre sozialen Ängste ernst zu nehmen scheint - die FPÖ. Eine linke Möglichkeit zu protestieren gab es aufgrund der Ablehnung eines linken Wahlbündnisses durch die KPÖ im Land Salzburg nicht. In der Stadt Salzburg deuteten allerdings Stimmengewinne für die KPÖ vorsichtig das Poten-

tial an, welches durch einen frischen "linken Wind" hätte mobilisiert werden können.

### Kärnten: BZÖ gewinnt, weil alle Parteien den Haider-Hype mittragen

Trotz "Haider-Faktor" waren auch hier selbst für BZÖ-WählerInnen Themen wie Arbeitsplätze und Gesundheit zentrale Wahlmotive. Weil die ArbeiterInnenbewegung - konkret die Gewerkschaften - die wachsenden sozialen Probleme nicht zentral aufgreifen, und v.a. keine kämpferischen Antworten auf z.B. Arbeitsplatzabbau geben, kann das BZÖ mit seiner Almosenpolitik im Süden dieses Vaku-

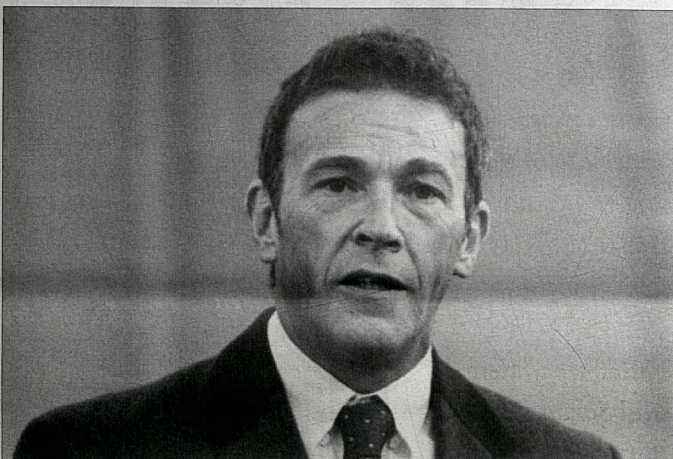
um füllen. Von den anderen Parteien wurde zudem der Haider-Hype weitgehend mitgetragen bzw. diesem nichts entgegengesetzt. Wenn alle Haider's Erben sein wollen ist es klar, dass jene gewinnen, die zumindest parteipolitisch darauf den größten Anspruch haben.

### Bilanz und Perspektive

Auch wenn die FPÖ in Kärnten eingebrochen ist, ist das rechte Lager insgesamt gestärkt. In Salzburg konnte die FPÖ fast 12.000 WählerInnen dazu gewinnen und das rechtsextreme Lager gemeinsam konnte sich verdoppeln. In Kärnten kommen BZÖ

und FPÖ gemeinsam auf über 50% der Stimmen. Die SPÖ ist die große Wahlverliererin, wobei neben lokalen Themen auch die Bundespolitik eine Rolle gespielt hat. Ein fundamentaler Kurswechsel der SPÖ, zurück zu einer ArbeiterInnenpartei steht nicht an. Wie SORA-Chef Hofinger es etwas flapsig formuliert: "Keine Partei ist eine Arbeiterpartei mehr." Für die Grünen setzt sich ihre Stagnation/Niedergang fort. Die wesentliche Grundlage dafür ist die Tatsache, dass die Grünen eine normale, etablierte Partei geworden sind, die sich immer weniger von den anderen, etablierten Parteien unterscheidet und deren Inhalte gerade zwanghaft "seriös" sind. Das zentrale Problem bei dieser Wahl war - gerade angesichts der Wirtschaftskrise und der sich verschärfenden sozialen Probleme - das Fehlen einer echten linken Alternative. Das drückt sich auch in der - v.a. in Salzburg - gesunkenen Wahlbeteiligung aus. Gerade angesichts der Tatsachen, dass die Grünen Teile ihrer Basis verlieren, dass die SPÖ stark an NichtwählerInnen verloren hat, zeigt, dass ein echtes linkes Angebot ein gutes Ergebnis hätte einfahren können. Doch solange ein solches Angebot nicht existiert, wird es nicht möglich sein, den Aufstieg der Rechten zu stoppen.

Volle Stellungnahme auf  
www.slp.at



## International gegen das EUropa des Kapitals!

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Vor dem Hintergrund der tiefsten Wirtschaftskrise seit 1945 finden im Juni die Wahlen zum EU-Parlament statt. Bis dahin werden noch zehntausende ArbeiterInnen in Europa ihre Jobs verlieren und in die Armut getrieben werden. In Umfragen steigt die Zustimmung zur EU. Aber die neu aufgekeimte Hoffnung, die EU wäre ein Instrument gegen die Krise, wird rasch enttäuscht werden. Denn die EU setzt Maßnahmen für die Unternehmen, nicht für die ArbeitnehmerInnen. International gibt es Proteste. Europaweit zeigt sich: weite Teile der ArbeiterInnenklasse und der Jugend sind nicht bereit, für die Krise des Kapitalismus den Kopf hin zu halten.

### Echte Alternative notwendig

Immer mehr Menschen beginnen den Kapitalismus zu hinterfragen. In einer Umfrage nannten 31% der ÖsterreicherInnen das "marktwirtschaftliche Wirt-

schaftssystem" als den Grund für die Krise. Für dieses neue kapitalismuskritische Bewusstsein braucht es neue politische Angebote. Notwendig wäre ein breites linkes Bündnis für die EU-Wahlen. Das scheint sich, nach dem jetzigen Stand der Dinge aber nicht zu entwickeln. Die KPÖ hat sich (wieder einmal) entschlossen es alleine zu versuchen - nicht einmal den "Schmäh" mit einer "offenen Liste" halten die KP-Gränden diesmal für nötig. Dabei schwächt sie nicht nur die Entwicklung einer breiten linken Alternative in Österreich, sondern ist nicht einmal annähernd auf der Höhe der Zeit. Die Massenstreiks und Bewegungen der letzten Monate verdeutlichen die Wut vieler ArbeiterInnen und Jugendlicher auf die kapitalistischen "Eliten". Die Bereitschaft sich gegen die Folgen der Krise und den Kapitalismus als System zu wehren wächst rapide. Diese Kämpfe und ihre Verankerung in Europa sollte Hauptanknüpfungspunkt einer linken Kandidatur sein.

### Es droht Stärkung des Rechtsextremismus

Die FPÖ strebt eine Rechtsfraktion im EU-Parlament an. Gelingt ihnen der Zusammenschluss von Parteien aus sieben Ländern, bringt ihnen das jährlich 200.000 Euro Parteienförderung.

Dabei legt sich die FPÖ mit den widerlichsten europäischen Rechtsextremisten ins Bett. Die Front National von Jean-Marie Le Pen ist so wie der belgische Vlaams Belang oder die bulgarische Ataka Bündnispartner für Strache, Mölzer und co. Alle fallen durch aggressiven Rassismus, Geschichtsrevisionismus und teilweise, wie im Falle der Ataka, durch gewalttätige Übergriffe auf. Es gilt, gerade im EU-Wahlkampf die Stärkung der extremen Rechten zu verhindern. Dafür sind Demonstrationen ein wichtiges Mittel, reichen aber nicht aus. Ein Programm welches sich explizit auch gegen Konzepte der nationalen Abschottung richtet, welches die internationale Krise international



bekämpfen und lösen möchte ist notwendiger denn je. Es reicht heute keineswegs aus, bloß den Neoliberalismus als vermeintlichen "Auslöser" der Krise zu nennen. Wir

wollen dem Kapitalismus als tatsächlichem "Auslöser" eine demokratische, sozialistische Gesellschaft gegenüber stellen.

Serie zum ÖGB Bundeskongress, Teil I

# Gewerkschaften und Sozialstaat

von John Evers, SLP-Wien

"Zukunftsentwurf für einen Sozialstaat unter geänderten nationalen und internationalen Rahmenbedingungen" - so benennt der ÖGB-Bundesvorstand einen der Schwerpunkte in Vorbereitung des ÖGB-Bundeskongresses 2009. Eine entsprechende Resolution listet einzelne richtige und wichtige Punkte auf: Armutsvermeidung durch Anhebung der Nettoersatzrate bei Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe zum Beispiel. Gleichzeitig werden einige Begriffe aus der aktuellen Debatte kritisch übernommen, so u.a. "Gesundheitsreform und Krankenkassen-sandierung umsetzen". Das könnten die Regierungsparteien nicht besser formulieren. Ebenso wird weiter der Pensionsraub unter schwarz-blau nicht angestrichelt; lediglich die "Hacklerregelung" soll evaluiert und überarbeitet werden. Bei der Finanzierung des Sozialstaats nennt der ÖGB immerhin die Wertschöpfungsabgabe. Ob im Sinne einer "aufkommensneutralen Maßnahme" für die Unternehmerseite oder als echte Umverteilungsforderung, z.B. um Geld für bessere Sozialleistungen zu bekommen, bleibt allerdings offen. Weiters heißt es: "Neben der Sicherung der Sozialsysteme müssen auch die Leistungen der Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand außer Frage gestellt werden. Mit Liberalisierungen in existenzsichernden Bereichen muss Schluss gemacht werden, denn sie sind eine ernsthafte Bedrohung für die Versorgung der Menschen mit grundlegenden Leistungen wie Wasserversorgung, Energie, Bildung und Gesundheit, auf die sie ein Anrecht haben."

Von der Wirtschaftskrise ...

Auch wie die Krise den "Sozialstaat"



treffen könnte, scheint dem ÖGB zumindest bewusst. "Wir werden vor dem Sommer die Auswirkungen der Finanzmarktcrise in der Realwirtschaft wahrscheinlich noch viel stärker spüren. Und es gilt auch zu verhindern, dass die ArbeitnehmerInnen nach der Krise die nun nötigen Maßnahmen ein weiteres Mal mit Sozialabbau bezahlen. Dafür werden wir uns beim Bundeskongress rüsten", betont der geschäftsführende Präsident des ÖGB, Erich Foglar. Tatsache ist allerdings auch, dass der ÖGB weder inhaltlich noch organisatorisch derzeit tatsächlich dafür gerüstet scheint, dieses "Zahlen durch Sozialabbau" zu verhindern. Politisch fehlen im ÖGB-Konzept - mit Ausnahme der Wertschöpfungsabgabe - offensive Ideen. Diese könnten von der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich (statt Kurzarbeit), über Vermögenssteuern (statt Subventionen für Banken und Konzerne), über die bedingungslose Öffnung der Bücher und der Forderung nach Abschaffung des Bank-

geheimnisses, bis zum offensiven Ausbau des Sozialstaates durch die öffentliche Hand (statt Privatisierung und Ausdünnung der Leistungen) sowie Vergesellschaftung von Betrieben (statt Sozialpartnerschaft und Standortlogik) reichen. Aber auch organisatorisch sind mit der Krise eine Reihe von Herausforderungen verbunden, auf welche die Antworten fehlen.

... in die gewerkschaftliche Defensive?

Schon bisher war der ÖGB bei den "Prekären" schwach vertreten. Es sind jene schlechtbezahlten, in unsicheren Verhältnissen Beschäftigten, die besonders unter der Aushöhlung des "Sozialstaats", dem Status quo bei Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe, sowie den Verschlechterungen beim Pensionsrecht leiden. Hierauf gilt es nicht nur ein besonderes Augenmerk beim "Zukunftsmo- dell Sozialstaat" zu legen. Ebenso ist die Frage der gewerkschaftlichen Organisation und Vertretung nicht von be-

sonderer Bedeutung: Die Frage von Vollzeitstellen als Recht und vernünftigen Einkommen als Pflicht (z.B. Mindestlohn von 1.100,- netto) muss auf die gewerkschaftliche Agenda. Derzeit drohen dem ÖGB durch die Krise gerade in gut organisierten Bereichen massive Mitgliederverluste. Die Antwort kann nicht sein das Minus an Jobs und Mitgliedern mitzuverwalten und möglichst moderat zu gestalten; dann ist es nämlich nur eine Frage der Zeit, wann sich die Gegenseite mit ihren Forderungen nach Nulllohnstunden und Sozialabbau durchsetzt.

Wo ansetzen?  
Z.B. bei einem neuen Pensionswesen!

Die Krise erleichtert in verschiedenen Bereichen sicher nicht die konkrete gewerkschaftliche Organisationsaktivität - im Gegenteil. Gleichzeitig können Gewerkschaften heute bei einem grundsätzlichen Bewusstseinswandel ansetzen. So sehen tausende ihre betriebliche und private Pensionsvorsorge derzeit durch die Krise davonschwimmen - das macht es nötig aber auch möglich eine offensive Kampagne gegen Privatisierung und Liberalisierung auf die Beine zu stellen. Zu sehen ist davon allerdings momentan wenig. Liegt es vielleicht daran, dass der ÖGB z.B. das Aufbrechen der staatlichen Pensionsvorsorge in der Vergangenheit selbst mitzuverantworten hat - etwa durch die Abfertigung neu/Mitarbeitervorsorge-Veranlagung? Eine offene und kritische Bilanz am Bundeskongress in Kombination mit dem Start einer entsprechenden Kampagne gegen das was der ÖGB zu recht als gescheiterte "Liberalisierung der Daseinsvorsorge" versteht, könnte der erste Schritt für einen entsprechenden Kurswechsel Richtung "Zukunftsmo- dell Sozialstaat" sein.

Ihr da oben...

Post: Rekordgewinn

Die Postlerinnen und Postler haben im Jahr 2008 einen Rekordgewinn von fast 170 Millionen Euro erarbeitet. Alleine dieser Betrag würde ausreichen um alle 293 zur Schließung angemeldeten Filialen für die nächsten acht Jahre zu sichern. Die Postgewerkschaftsführung schreibt dazu: "Aus Sicht der betroffenen Menschen ist es schlicht und einfach zu wenig, in Sonntagsreden von der Stärkung des ländlichen Raumes zu sprechen und gleichzeitig keinen Cent dafür in die Hand zu nehmen." Wir meinen: "Aus Sicht der betroffenen MitarbeiterInnen ist es wohl ebenfalls zu wenig Sonntagsreden zu halten, sondern endlich Zeit für Kampfmaßnahmen."

Postbus: Absetzung der  
Geschäftsführung gefordert

Nachdem mind 7 Millionen verspekuliert wurden, wird beim Postbus weiter privatisiert, die Garage Erdberg geschlossen und bei der Belegschaft gespart. Im Zuge eines Protestmarsches bei dem 150 KollegInnen in die Aufsichtsratssitzung einzogen, rechnete Betriebsratsvorsitzender Robert Wurm vor: Die ÖBB haben 18 Vorstände, vier weitere Posten sind derzeit ausgeschieden. Wenn sie nur einen weniger suchen würden, könnte man alleine 25 Mitarbeiter abschießen." Einstimmig fordert die Belegschaft nun die Absetzung der Geschäftsführung.

ArbeitnehmerInnen und  
Krise: Trübe Aussichten

Nach dem neuen Arbeitsklima-Index der Arbeiterkammer ÖO sehen 46 Prozent der Beschäftigten schwarz für die wirtschaftlichen Aussichten, das sind 25 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Zwei Drittel der Befragten stufen die Arbeitsplätze in Österreich als sehr oder ziemlich unsicher ein.

Drucker:

KV-Verträge gekündigt

Die Arbeitgeber kündigen grafische Kollektivverträge und wollen die Personalkosten um 10% senken. Bis Juni sind Neuverhandlungen angesetzt. Bisher gab es gegen diese Kampfansage leider nur Betriebsversammlungen ...

Steirische AK erstellt Studie  
für Handelsbedienstete:

Ergebnisse der Fragebogenaktion: Zu 95% kamen die Antworten von Frauen, zwei Drittel sind teilzeitbeschäftigt. Jeder/r Fünfte hat angegeben, dass es im Betrieb überhaupt keinen Dienstplan gibt. Dort, wo ein Dienstplan vorhanden ist, wird er bei mehr als 40% der Befragten "von einem Tag auf den anderen" geändert. Vor- und Abschlussarbeiten werden nur in etwas mehr als der Hälfte der Fälle vollständig bezahlt. Den neuen Mehrarbeitszuschlag für Teilzeitbeschäftigte hat nicht einmal die Hälfte der Betroffenen bekommen.

... wir da unten.

## IT-Kollektivverhandlungen: Offensive notwendig

von Markus Klostermann,  
Software-Entwickler

Für die 38.000 unselbstständig Beschäftigten der IT-Branche gibt es noch keinen neuen Kollektivvertrag - die Verhandlungen scheiterten v.a. an der Forderung nach einer Ist-Lohnerhöhung. Was in vielen Branchen lange selbstverständlich ist, wird hier von der Arbeitgeberseite verweigert. Und das, obwohl 90% mehr als den Kollektivlohn verdienen, das heißt, dass nur 10% eine jährliche automatische Lohnerhöhung erhalten. Für viele der Beschäftigten steigt der Lohn erst, wenn er vom KV "überholt" wird. In der Praxis bedeutet das langfristige Lohnsenkungen. Im krassen Widerspruch dazu stehen die überdurchschnittlich hohen Profite der letzten Jahre und stark gestiegene ManagerInnengehälter.

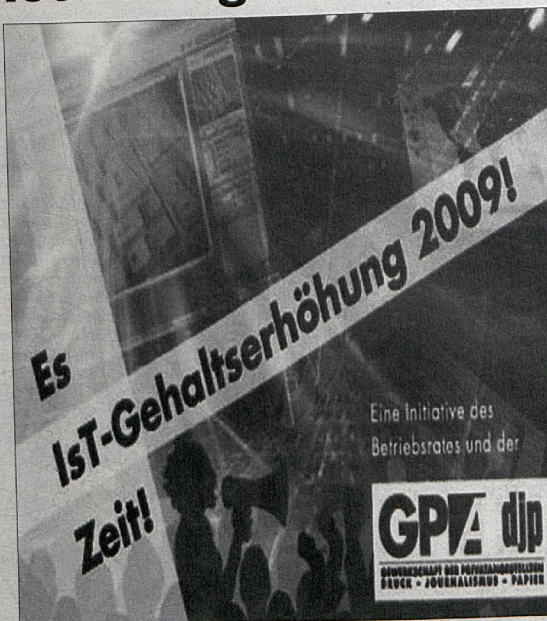
"Wenn jemand z.B. sieben Jahre lang keine Erhöhung gehabt hat, kann sein Reallohnverlust bis zu 15 Prozent betragen." (gpa-djp.at)

Nach Betriebsversammlungen gingen am 26. Februar mehr als 1.000 BetriebsrätInnen und Beschäftigte der IT-Branche in Wien auf die Straße. Die

Abschlusskundgebung fand vor der Raiffeisen Informatik GmbH statt, deren VertreterInnen sich vehement gegen eine Erhöhung der Ist-Gehälter stellen. Die Verhandlungen wurden von der Gewerkschaft ausgesetzt.

Seit dem 16. März finden täglich Kundgebungen vor der Wirtschaftskammer Wien statt. Es ist gut, dass die Gewerkschaft in die Offensive geht und Demonstrationen und Kundgebungen durchführt, und somit den Druck erhöht. Doch die ArbeitgeberInnenseite hat sich noch nicht bewegt und wird es wohl auch nicht "einfach so" machen.

Die Gewerkschaftsführung hat bereits im Oktober letzten Jahres mit Kampfmaßnahmen gedroht - gut so! Doch nach fast einem halben Jahr gibt es keine Fortschritte bei den Verhandlungen und es wird wohl Zeit von reinen Drohgebärden abzulassen, es müssen Taten folgen. Auch wenn wir in einer Wirtschaftskrise stecken, die auch die IT-Industrie erfasst hat, muss das noch lange nicht heißen, dass die ArbeiterInnen diese auszubaden haben. Die Kämpfe in anderen Ländern, wie die (General-)Streiks in Frankreich, zeigen, dass es eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen ist.



# 20 Jahre Kapitalis

Eine Homepage der österreichischen Regierung schreibt vom "europäischen Glücksjahr 1989". Vor 20 Jahren fiel in Berlin die Mauer und der "Eiserne Vorhang". Das bedeutete das Ende der stalinistischen Regimes in Osteuropa und einer geplanten Wirtschaft. Der Kapitalismus setzte zum Siegeszug an und posaunte seine angebliche Überlegenheit heraus. Der damalige deutsche Kanzler Kohl fantasierte von "blühenden Landschaften". Wie sieht die Bilanz heute aus?

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Die - inzwischen zum Teil wieder ausbleibenden - russischen Nobeltouristen in Kitzbühl können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Situation für die Mehrheit der Menschen in Osteuropa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion nicht rosig ist. Selbst der Wunsch nach demokratischen Grundrechten - eine der zentralen Forderungen der Revolutionen 1989-91 - wurde nur teilweise erfüllt. Russland ist von demokratischen Grundrechten weit entfernt, in Ungarn terrorisieren faschistische Schlägerbanden Roma, in der Slowakei werden Betriebsräte entlassen und in der Tschechischen Republik wird eine kommunistische Jugendorganisation einfach verboten.

#### Vom Regen in die Traufe

Es ist richtig, dass der Stalinismus deshalb zusammenbrach, weil dieses System nicht mehr in der Lage Ökonomie und Gesellschaft weiter zu entwickeln. Demgegenüber zählt die Behauptung

(der rumänische Mindestlohn liegt bei 150 Euro). Dem Zusammenbruch und der tiefen Krise folgten Wachstumsraten, welche zwar für mehrere Jahre jene westlicher Staaten übertrafen. Weder ökonomisch und schon gar nicht sozial war dieser Aufschwung allerdings zu irgend einem Zeitpunkt ein kapitalistisches "Wirtschaftswunder". Denn selbst schönfärbische Prognosen gingen stets von jahrzehntelangen "Übergangsfristen" aus, nach denen erst der Anschluss an die schwächsten Staaten des Westens gelingen würde.

#### Aufschwung auf Pump

Gleichzeitig stand die Weltwirtschaft schon in den letzten beiden Jahrzehnten auf wackeligen Beinen. Sie hantelte sich von Krise zu Krise, konnte aber den internationalen parallelen Einbruch, den wir heute erleben, hinauszögern. Demgegenüber schien Osteuropa schließlich sogar die Funktion eines Wachstumsmotors zu übernehmen. Die Basis für den teilweise starken Anstieg bei Konsum und Investitionen lag aber

#### Beispiel Russland: Armut und Diktatur

Nach der Restauration des Kapitalismus Anfang der 1990er Jahre kam es 1998/99 zur Russlandkrise. Erst nach der Machtübernahme von Putin folgte Anfang des neuen Jahrtausends ein Aufschwung der Wirtschaft. Dieser war im Wesentlichen von den hohen Rohstoffpreisen gestützt und verlief regional und sozial sehr unterschiedlich. In einigen Großstädten und ölfreien Regionen gab es Wachstum, in anderen de-Industrialisierung und Massenarbeitslosigkeit. Die Einkommensunterschiede haben stark zugenommen und der Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheit ist niedriger als vor der kapitalistischen Restauration 1991. Die düsteren Zukunftsaussichten drücken sich in einer sinkenden Geburtenrate, einer steigenden Selbstmord- und Alkohol/Drogenmissbrauchsrate aus. Der Verfall der Rohstoffpreise im Zuge der Wirtschaftskrise hat nun dramatische Folgen für die Russland. Die Industrieproduktion ging im Jänner um 16% zurück, in der Automobilindustrie sogar um 80%. Es wird geschätzt, dass

hohe Löhne als zentrales Problem der Volkswirtschaft. Die Wirtschaft ist extrem exportabhängig. Über 50% der Exporte entfallen auf die Bereiche Maschinenbau und Fahrzeugindustrie - und sind damit von der Krise der Autoindustrie massiv betroffen. In den letzten Jahren wurden über 50.000 Stellen im Öffentlichen Dienst "eingespart". Aber auch dieses Rezept ist nicht aufgegangen. Der drohende Staatsbankrott wurde zwar vorübergehend abgewendet, aber die soziale Misere spitzt sich zu.

#### Trübe Aussichten

Die aktuelle Wirtschaftskrise zeigt, dass die jungen kapitalistischen Staaten nicht nur an den "normalen" kapitalistischen Problemen krank sind, sondern in vielen Bereichen die Struktur und damit auch die Probleme haben, die vor allem mit (ehemaligen) Kolonialstaaten vergleichbar sind. Ihre Wirtschaft ist stark exportorientiert, die Inlandsnachfrage spielt eine geringe Rolle und ausländische Unternehmen dominieren die Wirtschaft oder zumindest einzelne Sektoren. Die EU und der Euro werden die Situation nicht retten können, sondern zwingen diese Volkswirtschaften in ein Korsett welches keinerlei Handlungsspielräume zu radikalen Sparprogrammen zulassen soll. Dass die Perspektiven nicht rosig sind, sehen auch die Menschen vor Ort. In einer im Juli 2008 erstellten Studie von GfK Custom Research (also noch vor Ausbruch der Krise) waren in Ungarn gerade mal 16% der ungarischen Jugendlichen "sehr zufrieden mit Beruf/beruflichen Aussichten". Auch mit der Demokratie ist es nicht weit her; gerade mal 4% der tschechischen Jugendlichen waren "sehr zufrieden mit Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme". Besonders gefährlich an der Situation ist, dass diverse rechtsextreme und faschistische Gruppierungen die

## Hoffnungen, Enttäuschungen und düstere Zukunftsperspektiven

zung, dass die heutigen Mißstände und Probleme in Osteuropa auf die Periode vor 1989 zurück zu führen wären, längst zum Arsenal neoliberaler Demagogie. Die Abschaffung der Planwirtschaft bedeutete nämlich real zunächst eine ökonomische und soziale Katastrophe für die Region, welche in ihrem historischen Ausmaß nur mit den Kriegszerstörungen vergleichbar ist. So lag in Litauen das Produktionsniveau nach fünf Jahren Kapitalismus um 75% unter dem Niveau von 1989. In Bulgarien gingen 1989-95 die Realeinkommen um fast 70% zurück, der Lebensstandard fiel um 40%. Das Sozialsystem, insbesondere das System der Kranken- und Rentenversicherungen, brach weitgehend zusammen. Überall kam es zu einer Öffnung für westliches Kapital, das freudig hereinströmte, den Markt sicherte, viel aufkaufte, eine Reihe von Betrieben schloss (um die Konkurrenz los zu werden wurden 1990-98 ca 40% der Industrie vernichtet) und sich v.a. über die billigen Löhne bei gleichzeitig qualifizierten Arbeitskräften, ein Erbe des "alten" Systems, freu-

hier nicht an einer positiven Strukturentwicklung von Ökonomie und Gesellschaft, sondern an einem rapiden Anstieg der Kredite an private Unternehmen und Haushalte sowie an den Überweisungen der im Ausland arbeitenden OsteuropäerInnen. Wirtschaftlich am relativ erfolgreichsten entwickelte sich bezeichnenderweise nur der Rohstoffsektor; und damit zusätzlich die extreme Abhängigkeit vom Weltmarkt. Osteuropas Industrie wurde v.a. zur verlängerten Werkbank für die Auto-, Chemie- und Elektroindustrie. Der Traum von einem künftig halbwegs vernünftigen Lebensstandard für die Bevölkerung scheint nun mit der Krise entgültig ausgeträumt. Der neue lettische Regierungschef Valdis Dombrovskis will die Gehälter von LehrerInnen um 20%, jene der Beschäftigten im Gesundheitswesen um 10% kürzen. In der Slowakei ist die Bauproduktion im Jänner 09 um 25,6% niedriger ausgefallen als noch vor einem Jahr. In Polen wird geschätzt, dass mindestens 1/3 der Bauarbeiter ihren Job verlieren werden.

rund 50% der Banken die aktuelle Krise nicht überleben wird. Über sechs Millionen Menschen sind schon jetzt - am Beginn der Krise - arbeitslos, nur 1,4 Millionen davon erhalten ein Arbeitslosengeld. Die letzten 20 Jahre haben gezeigt, dass weder Jelzins Modell der raschen und drastischen Privatisierung noch Putins Modell von einer starken staatlichen Einflussnahme in die Wirtschaft in der Lage waren und sind, den Menschen in Russland ein gutes Leben zu ermöglichen.

#### Beispiel Ungarn: bringt's das westliche Modell?

Im Gegensatz zu Russland, dass auch aufgrund seiner Größe und seines Rohstoffreichtums auf eine eigenständige (Wirtschafts-)Politik setzt, orientierte sich Ungarn nach der Wende 1989 rasch am Westen und seinen Institutionen: 1999 Beitritt zur Nato, 2004 zur EU. Die Kaufkraft der UngarInnen liegt aber immer noch um 40% unter dem EU-Durchschnitt; nichts desto trotz sehen westliche "Experten" zu

Angst vor der Zukunft missbrauchen, um rassistische Hetze und auch Gewalt zu schüren. Auch die etablierte Politik setzt auf "Teile und Herrsche" und lässt immer wieder durch rassistische Sager und Diskriminierung aufhorchen. Da wundert es dann auch nicht, wenn in Ungarn faschistische Schlägertrupps und Mörder ohne Probleme agieren können.

Die Bilanz von 20 Jahren Kapitalismus in Osteuropa ist negativ: Die soziale Situation ist eine Katastrophe, die Perspektive negativ, rassistische und nationalistische Spannungen und Konflikte nehmen - auch mit staatlicher Unterstützung - zu. Aber bei all dieser negativen Bilanz dürfen wir nicht vergessen, dass es auch andere Seiten gibt: GewerkschafterInnen, die Proteste organisieren, Menschen die gegen den Rassismus auf die Strasse gehen und eine Krise, die die letzten Illusionen in den Kapitalismus zerschlagen. Unsere Aufgabe hier, in Österreich, ist es, die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung und antirassistische und antikapitalistische Kräfte in Osteuropa aktiv zu unterstützen.



# Sozialismus in Osteuropa



Nach 20 fetten Jahren bangen Österreichs Banken um ihre Profite

## “Osthilfe” – Wer hilft da wem?

„Wir brauchen eine Art Marshall-Plan“, erklärt der Chef der Raiffeisenlandesbank und ist Teil des Chores der UnternehmerInnen, die staatliche Hilfe für Osteuropa fordern. Österreich ist - auch wenn es klein ist - ein normales kapitalistisches Land. Es agiert als „Imperialist“ - d.h. österreichische Unternehmen versuchen sich in anderen Ländern festzusetzen, Waren und v.a. Kapital wird exportiert. Ziel ist nicht der Aufbau der dortigen Wirtschaft und die Besserstellung der dortigen Bevölkerung. Georg Krauchenberg, Vertreter der Wirtschaftskammer ist ehrlich, wenn er meint, die Länder in Osteuropa seien nach wie vor interessant, weil sie nahe bei Österreich liegen, ein günstiges Lohnniveau und geschulte Arbeitskräfte aufweisen.

### Österreichische Unternehmen als Imperialisten

Nach 1989 wurde Osteuropa für österreichische Unternehmen ein wichtiges Interventionsfeld. Insbesondere in den letzten Jahren haben österreichische Banken geholfen, eine Kreditblase in Osteuropa aufzublasen. Einer der Auslöser der weltweiten Finanzkrise sind faulen Kredite. Der Aufschwung der Vergangenheit war zu großen Teilen durch Kredite finanziert. Ähnlich auch in Osteuropa. Das teilweise starke Wachstum der letzten Jahre war im wesentlichen auf Basis eines dramatischen Anstiegs von Krediten durch Haushalte und Unternehmen möglich. Die - bisherigen - Nutznießer davon: Österreichische Banken. In den letzten Jahren führen sie in der Region Rekordgewinne ein und legen gleichzeitig die Basis für die aktuelle Krise.

Die Krise trifft Ostlieferindustrie auf mehreren Ebenen: die starke Zuleiferindustrie hat Auftragsrückgänge, die osteuropäischen ArbeitsmigrantenInnen in England, Irland, Deutschland etc. werden ihre Jobs verlieren und nach Hause kommen bzw. kein Geld mehr schicken können, die Rohstoffpreise brechen ein und damit auch die Staatseinnahmen. Und in Folge von all dem können Private und Unternehmen ihre Kredite nicht mehr bezahlen. Laut dem Direktor der Österreichischen Nationalbank, Ittner, machen die Osteuropa-Forderungen der österreichischen Banken ungefähr zwei Drittel des österreichischen Bruttoinlandsprodukts aus. Das zeigt, dass die österreichischen Banken genauso im hochspekulativen Bereich agiert haben, wie ihre amerikanischen Gegenstücke - und um nichts „bodenständiger“, „seriöser“ oder „besser“ sind. Ganz normale Unternehmen halt...

### Unterschiedlich involviert – unterschiedliche Interessen

Auf europäischer Ebene zeigen die unterschiedlichen Vorschläge zur Krisenbewältigung auch die unterschiedlichen Interessen auf. Für Österreichs Wirtschaft ist Osteuropa überlebenswichtig - daher gibt es einen starken Druck für Rettungs- und Unterstützungspakete für Osteuropa. Staaten, deren Unternehmen in der Region weniger engagiert sind, sehen das naturgemäß anders. IWF und Weltbank versuchen, das kapitalistische Ganze im Auge zu haben (was von einem kapitalistischen Standpunkt aus betrachtet Sinn macht). Dem entgegen stehen aber nationalstaatliche Interessen.

Das jüngst beschlossene Osteuropa-Rettungspaket ist mit weniger als 25 Milliarden schwachbrüchtig - und wird wohl wie die berüchtigten Strukturplanungen des IWF - an Angriffen auf die ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen in den einzelnen Ländern gekoppelt werden.

### Unsere Banken? Unser Hilfspaket!

Die Frage ist nun: Müssen „Wir“ die Wirtschaft und die Banken in Osteuropa retten, um „uns“ zu retten? Die Frage ist falsch gestellt, weil „wir“ und „uns“ nicht homogen ist. Wir hatten nichts von den Milliardengewinnen der Banken in den letzten Jahren, aber wir sollen nun die Zeche zahlen. Österreichische Unternehmen stehen schon in den Startlöchern um ihre Marktposition für die Zukunft auszubauen - sie hoffen beim Schließungs- und Fusionsprozess gut auszusteuern und dank der staatlichen und internationalen Hilfen ihre Verluste gering zu halten.

Wir sind für ein Hilfspaket: die Gewerkschaften müssen sich endlich international vernetzen. ArbeiterInnenorganisationen müssen entschlossen gegen Betriebsschließungen und Stellenabbau kämpfen. Die Banken - in Österreich ebenso wie in Osteuropa - müssen von der öffentlichen Hand übernommen werden. Die Profiteure der Vergangenheit, die Millionen kassiert haben, müssen ihre Bücher offen legen und sie sollen für die Krise zahlen. Verstaatlichte Betriebe - und dazu gehören auch Banken - dürfen sich nicht an Profitinteressen orientieren, sondern an den Bedürfnissen der Menschen nach einem Job, einem ordentlichen Einkommen, einer sicheren Zukunft. Die Wirtschaft muss demokratisch von den Beschäftigten organisiert, kontrolliert und verwaltet werden.

Linker Widerstand und soziale Bewegungen in Osteuropa

## Totgeschwiegen

Auch in Osteuropa gibt es Bewegungen und soziale Kämpfe. Allerdings erfährt man hierzu kaum davon, da die Medien nicht oder nur wenig darüber berichten. Als internationale Organisation ist das CWI Teil vieler dieser Bewegungen.

### Beispiel Polen

In Polen gab es in den letzten Jahren immer wieder Kämpfe, die Bergarbeiter um die kleine Gewerkschaft „August 80“ spielen hier eine besonders offensive Rolle. Zuletzt kam es zu heftigen Protesten gegen Verschlechterungen im Recht auf Frührentierung sowie für eine Anhebung des Mindestlohns. 50000 ArbeiterInnen - BergarbeiterInnen, StahlarbeiterInnen und HafendarbeiterInnen - nahmen Anfang September an der größten Demonstration seit den 1990er Jahren teil. August 80 und das CWI in Polen („Gruppe für eine ArbeiterInnenpartei“) machten den offensivsten Teil der Bewegung mit der Forderung nach einem eintägigen Generalstreik aus. Schon im Juni davor hatte es eine Demonstration von August 80 um die Forderung gegeben, die vom CWI in Polen unterstützt wurde. Im Sommer desselben Jahres gab es Warnstreiks in der Privatindustrie, auf die von Unternehmensseite mit Repression geantwortet wurde. Auch im Energiesektor fanden Warnstreiks gegen schlechende Privatisierung und hohe Strompreise statt. Im Februar kam es zu Streiks von Handelsangestellten bei Tesco für höhere Löhne - der Stundenlohn der betroffenen betrug 1,50 Euro die Stunde, Lohnerhöhung hatte es 9 Jahre lang keine gegeben. Ein Streik der Bergarbeiter, ebenfalls im Februar 2008, brachte einen Sieg und eine 10-prozentige Lohnerhöhung. Auch hier war August 80 führend an den Kämpfen beteiligt.

### Beispiel Slowakei

Ein Kampf der auch die Solidarität von öster-

reichischen ArbeiterInnen erforderte, war jener der ArbeiterInnen bei Mondi in Ruzomberok. Der Papier-Multi mit Zentrale in Hausmenig/NÖ war mit Repressionen - Kündigungen - gegen ArbeiterInnen vorgegangen, die eine Gewerkschaft abseits der völlig korrupten offiziellen Gewerkschaft gründen wollten. Die so neu gegründete Gewerkschaft „ZOO Papier“ appellierte besonders an ArbeiterInnen der Mondi in Österreich um Solidarität. Die SLP und das CWI in Tschechien organisierten erfolgreiche Solidaritätserklärungen und -aktionen, die zu internationaler Solidarität aufriefen. Die Unterstützung von Kämpfen wie diesen und die Verteidigung von Gewerkschaftsrechten in Osteuropa ist ein wichtiger Schritt, um die Spirale von Lohndruck und Standortlogik zu durchbrechen. Sogar der ORF berichtete ...

### Beispiel Russland

Widerstand von ArbeiterInnen gibt es auch in Russland, trotz massiver Repression. In einer Fabrik in Yaroslavl (eine Stadt drei Stunden nördlich von Moskau) kämpften ArbeiterInnen gegen die Schließung des Betriebs und um ihre nicht ausbezahlten Löhne. Augenzugeberrichteten von einem regelrechten „Aufstand“ der ArbeiterInnen. Es gab spontane Versammlungen die die Vorgesetzten mit den Forderungen der ArbeiterInnen konfrontierten. Eine Gruppe von ArbeiterInnen hatte unter anderem das Büro ihres Vorgesetzten besetzt, bis dieser zustimmte, über ihre Forderungen zu verhandeln. Internationale Solidarität war auch hier ein wichtiger Faktor darin, Teilerfolge zu erkämpfen. In Kasachstan kämpften 2006 Slum-Bewohner in Alma Ata gegen den Versuch der Stadtverwaltung sie aus ihren Häusern zu vertreiben. Ebenfalls 2006 gab es eine breite Protestbewegung von PensionistInnen gegen die Kürzungen der Regierung bei Pensionen und Sozialleistungen an PensionistInnen - die sogenannte „baumwollene Revolution“.

## Der Zusammenbruch 1989 ... ... und wie wir ihn vor 10 Jahren bilanzierten

Über die Bewegungen in Osteuropa: „Als vor zehn Jahren Menschen in Deutschland, der ehemaligen CSSR, Rumänien, später in Russland, auf die Straße gingen, war keineswegs von Anfang an klar, wohin diese Entwicklung führen würde. Die wichtigsten Forderungen waren jene nach demokratischen Rechten, nach ‚demokratischem Sozialismus‘. Der Wunsch nach Konsumgütern aus dem Westen war zwar da, aber nicht das einzige Anliegen der Bewegungen.“

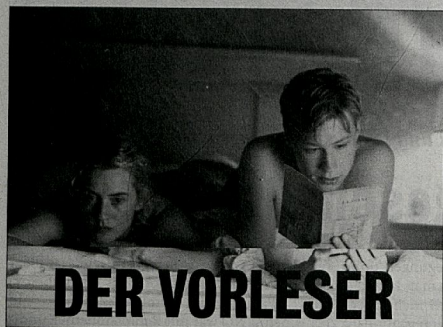
Über die stalinistischen Regimes: „Im Gegensatz zur ‚offiziellen‘ Geschichtsschreibung in Ost & West waren die osteuropäischen Staaten niemals (real) sozialistisch. Sie sind Übergangsgesellschaften zwischen Kapitalismus und Sozialismus... ‚Sozialistisch‘ waren ihre Eigentumsformen - also Staatseigentum an Produktionsmitteln, kombiniert mit einer geplanten Wirtschaft. Demgegenüber stand eine Bürokratie an der Spitze dieser Gesellschaft die das enorme Entwicklungspotential der Planwirtschaft zunehmend lähmte. Planwirtschaft und Bürokratie sind nur für eine ‚Übergangsperiode‘ zusammen existenzfähig... Der sich abzeichnende ökonomische Bankrott der Sowjetunion zu Beginn der 80er Jahre läutete das Ende dieser Übergangsperiode ein. Historisch standen zwei Optionen offen: Entweder die Beseitigung der Bürokratie durch eine politische Revolution von unten, oder eine Konterrevolution und die Rückkehr zum Kapitalismus. In den Bewegungen 1989-1991 waren beide Elemente vor-

handen. Die Bewegungen begannen als politische Revolutionen gegen die Bürokratie und stürzten diese in wenigen Tagen. Sie waren aber nicht in der Lage, aus sich heraus eine politische Alternative zur kapitalistischen Konterrevolution zu entwickeln. Jahrzehntelange stalinistische Diktatur hatte nämlich gerade die wirklich sozialistischen Kräfte fast restlos beseitigt.“

Über die politische Instabilität: „Die wirtschaftlichen Probleme und die große Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der kapitalistischen Restauration führen zu wachsender Unzufriedenheit und bilden die Basis für politische Instabilität... In ganz Osteuropa wechseln die Regierungen häufig und radikal. Die Konzepte der verschiedenen Parteien unterscheiden sich nicht fundamental. Sie alle orientieren sich an den Wünschen und Bedürfnissen des ausländischen Kapitals und an den Auflagen der ausländischen Kreditgeber wie IWF und Weltbank. Die Bevölkerung wechselt ihr Stimmverhalten bei Wahlen häufig in der Hoffnung, dass eine neue Regierung Verbesserungen bringen wird. Hoffnungen, die dann allerdings rasch enttäuscht werden... Die extremste Form der politischen Instabilität ist das Anwachsen nationalistischer Bewegungen, die in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion aber auch im ehemaligen Jugoslawien zu Kriegen und Bürgerkriegen geführt haben.“

Reprint aus Vorwärts 96 (September 1999)

## FILMKRITIK



Die oscargekrönte Verfilmung des Romans von Bernhard Schlink "Der Vorleser" läuft seit Februar in Österreichs Kinos. Behandelt wird darin die Geschichte der 36-jährigen Analphabetin Hanna und des 15-jährigen Schülers Michael, die im Deutschland der Nachkriegszeit eine intensive Beziehung beginnen. Immer wieder bittet sie ihn, ihr aus verschiedensten Büchern vorzulesen. Sie verlieren sich jedoch aus den Augen, und er beginnt, Jus zu studieren. Die beiden sehen sich bei Hannas Prozess wieder, bei dem sie als ehemalige KZ-Aufseherin zu lebenslänglicher Haft verurteilt wird.

Der Film zeichnet ein vielschichtiges Bild der Charaktere und setzt sich intensiv mit der Schuldfrage auseinander. Auch klassische Gut-Böse-Klischees werden in Frage gestellt. Hanna ist keine Sadistin, wusste aber genau was sie tat, als sie 300 jüdische Frauen in einer brennenden Kirche einsperrte. Sie ist keine überzeugte Nationalsozialistin, trotzdem schämt sie sich für ihren Analphabetismus mehr als für den Tod von Hunderten Menschen, den sie verschuldet hat.

## Kontroversen

Der Film ist zurzeit Gegenstand zahlreicher kontroverser Diskussionen. Der US-Journalist Ron Rosenbaum schreibt zum Beispiel: "Die essenzielle Botschaft, die dieser Film vertritt, ist jene, jedem Deutschen in der Nazizeit eine Absolution zu erteilen, je etwas von der Endlösung gewusst zu haben." Doch Rosenbaum kann sich mit dem Film jedoch nicht genau beschäftigen, denn an keiner Stelle wird jemand juristisch oder moralisch von

Schuld freigesprochen.

Dennoch wirkt die Gewichtung der Schwerpunkte fragwürdig. Wie kann die Unfähigkeit zu lesen und zu schreiben den Tod so vieler Menschen aufwiegen? Denn die lebenslange Haftstrafe bekommt Hanna nur aus folgendem Grund: Als ihr der Bericht über das Massaker vorgelegt wird, den sie angeblich geschrieben haben soll und der sie dadurch als Hauptverantwortliche belastet, zieht sie es vor, ihren Analphabetismus zu verheimlichen und die Höchststrafe zu bekommen.

## Fehlgeschlagene Entnazifizierung

Im "Vorleser" werden Hannas Komplizinnen, alle ebenfalls KZ-Wärterinnen, die sich genauso schuldig gemacht haben, zu lächerlich kurzen Haftstrafen verurteilt. Dies ist nicht so weit von der damaligen Wirklichkeit entfernt. Von 13.000 in Österreich nach dem Kriegsverbrechergesetz Verurteilten befanden sich zum Zeitpunkt des Abschlusses des Staatsvertrages nur noch 14 (!) in Haft. In Österreich wurde noch mehr als in Deutschland eine gründliche Entnazifizierung verabsäumt. Hauptschuld tragen daran SPÖ und ÖVP, die bereits früh das WählerInnenpotential der "Ehemaligen" erkannten und für sich nützen wollten. Für KZ-Schergen wurden sogar Pensionen und Entschädigungen gezahlt. Demgegenüber kam niemand auf die Idee, die 120.000 vertriebenen Juden und Jüdinnen wieder in die Heimat zu bitten. Ganze Opfergruppen sind bis heute von jeglicher Entschädigung ausgeschlossen.

## Offener Brief eines Schülers

Sehr geehrte Frau Bildungsministerin!

Als Schulsprecher habe ich kürzlich Ihr Schreiben bezüglich der Arbeitszeitverlängerung für LehrerInnen erhalten. Darin versuchen Sie, diesen Angriff auf das Bildungssystem als notwendigen Schritt zu verkaufen, um die aktuelle Wirtschaftskrise zu bewältigen. Sie machen damit auf eindrucksvolle Weise klar, was hinter Phrasen wie "Die Kinder sind unsere Zukunft" etc. steht. Nämlich rein gar nichts. Würde man diesen Satz nämlich ernst nehmen, würden nicht Milliarden in marode Banken geschoben werden und bei der Bildung, gespart werden.

Anstatt aus Fehlern zu lernen, werden alte wiederholt, wird Geld in morsche Strukturen gesteckt und nicht dazu verwendet, ein besseres Bildungssystem aufzubauen. Eine solche Maßnahme bringt weder Schülerinnen, noch LehrerInnen oder Eltern etwas, kurz niemandem, der/die unter Krise tatsächlich zu leiden hat.

Sie schreiben, dass alle jetzt etwas dazu beitragen müssen, um die Krise zu überstehen, und doch sieht man eindeutig, auf wessen Schultern sie tatsächlich ausgetragen wird.

- Die LehrerInnen tragen an der aktuellen Krise keine Schuld.
- Die LehrerInnen haben nicht mit unvorstellbaren Geldsummen Roulette gespielt.
- Die LehrerInnen sind für keine krummen Cross-Border-Leasing Geschäfte verantwortlich.
- Wir SchülerInnen wissen, dass die LehrerInnen nicht unsere Feinde sind.
- Wir SchülerInnen wissen auch, dass noch stressgeplagtere Lehrkörper nicht besser lehren.
- Wir SchülerInnen sind uns inofgedessen im Klaren, dass dies ebenso ein Angriff auf uns ist.

Diese Maßnahme ist für engagierte LehrerInnen wie für interessierte SchülerInnen ein Schlag ins Gesicht und ohne Zweifel ein Schritt in die falsche Richtung in dieser schwierigen Zeit. Deswegen unterstütze ich jegliche Maßnahmen, die von LehrerInnen kommen werden, um diese Verschlechterung zu verändern. Nicht weil ich ein arbeitsfauler Schüler bin, sondern weil ich mein Recht auf Bildung wahrnehmen möchte.

Die Wiener Schulreform der SPÖ von 1919 und die Reformen unter Kreisky bedeuteten entscheidende Verbesserungen für unser Bildungssystem. Kaum zu glauben, dass dieselbe Partei nun diese Errungenschaften sabotiert.

Mit der Bitte um Kenntnisnahme,

Sebastian Kugler,

Schulsprecher des B313 Fichtnergasse

"Wir fordern Sie hiermit auf, ihre Drohung, die Lehrverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer um 2 Stunden zu erhöhen, zurückzunehmen."

An der Schule von Sebastian Kugler haben sich 73% der SchülerInnen gegen die Maßnahmen von Schmied ausgesprochen. Die Unterschriften wurden an die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst übergeben.

## Trotz Dauerwinter viel auf der Straße!

Der Kampf gegen die rechte Gefahr ist und bleibt ein wichtiger Schwerpunkt für uns. Anfang Jänner und Ende Februar gab es kämpferische Demos gegen die FPÖ in Salzburg. Vor allem SLP und Aktion kritischer SchülerInnen (AKS) mobilisierten. In unserem Block gingen neben Salzburger SLPlerInnen auch GenossInnen aus Wien, Linz und München mit. Unter ihnen auch die frisch gewählte LINKE-Abgeordnete zum oberbayerischen Bezirkstag, Beate Janker. Max Brym von der SAV-München hielt eine viel beachtete Rede. Erfreulich: Nach den gewaltigen

Übergriffen von FPÖ-Anhängern 2008, über die die Betreiber des Müllerbräus von AntifaschistInnen informiert wurden, flog die FPÖ aus dem Lokal.

Für März hatte in Wien die sogenannte "Bürgerinitiative Dammstrasse" einen Marsch aufs Rathaus gegen den Ausbau eines islamischen Kulturzentrums angekündigt. Die Gefahr eines rechtsextremen Aufmarsches mit Naziblock, wie am 13.9.2007 in der Brigittenua, war zu befürchten. Auf Initiative der SLP entstand ein breites Bündnis dagegen. Durchaus erfolgreich, denn die Bürger-

initiative machte ihre Ankündigungen nicht wahr. Das Bündnis aber hielt am 18.3. eine Demo zur Brigittenua Bezirksvertretung ab, die von 70 Leuten besucht wurde. Im Anschluss kam es zu einer Ansprache mit Bezirksvorsteher Derfler, dem allerdings die Tragweite des Problems Naziaufmarsch nicht klar zu sein scheint.

## Gegen Kurzarbeit und Arbeitszeitverlängerung

In Linz kam es zu einer Flugblattverteilung gegen Kurzarbeit vor einer Werkseinfahrt

der VOEST. Die SLP und die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften beteiligten sich intensiv an den Vorbereitungen für die Demo "Wir zahlen nicht für Eure Krise". Zentrales Thema war auch der Schmied-Vorstoß gegen die LehrerInnen. Gemeinsam mit der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften organisierten wir Solidaritätsaktionen mit den LehrerInnen. Zentral dabei: LehrerInne, Eltern, SchülerInnen und GewerkschafterInnen GEMEINSAM gegen die Schmied-Angriffe. Hervorstechend ist da-

bei die Verteilaktion bei den Wiener BerufsschullehrerInnen und die Solidaritätsaktion von Sebastian Kugler, Schulsprecher am BG-Fichtnergasse. Sebastian wandte sich mit einem offenen Brief direkt an die Ministerin. Dieser wurden bei der Dienststellenversammlung in der Schule vorgelesen, 73% der SchülerInnen sind gegen die Arbeitszeitverlängerung.

Die SLP ist keine herkömmliche Partei sondern zeichnet sich durch kämpferische Aktionen und ein sozialistisches Programm aus. Wir möchten auch Dich dazu gewinnen bei der SLP mitzumachen.

## DIE SLP-TREFFPUNKTE

**LINZ**  
jeweils Montag, 18.30 Uhr,  
"Alle Welt", Linz, Hauptplatz 4

**NIEDERÖSTERREICH**  
nicht regelmäßig,  
Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

**SALZBURG**  
Salzburg Stadt  
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,  
"Shakespeare", Salzburg,  
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

**Radstadt**  
SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

**WIEN**  
Jugend-Gruppe  
jeden Montag um 18.30,  
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8,  
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

**SLP Wien-West**  
jeden Mittwoch um 19 Uhr,  
Gasthaus "Zypressen",  
7., Westbahnstrasse/Kaisersstrasse,  
(Nahe Urban-Loritz-Platz)

**SLP Wien-Nord**  
jeden Donnerstag um 18.30 Uhr,  
Pizzeria La Piazza, 20., Gaussplatz 7  
(3ter Gaussplatz, U4 Friedensbrücke)

**SLP Wien-Süd**  
jeden Donnerstag um 19 Uhr,  
Rüdigerhof, 5., Hamburgerstraße 20,  
(U4 Pilgrimsgasse)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?  
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles  
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

## Jetzt Abo bestellen!

**VORWÄRTS**  
sozialistische Zeitung  
Die richtige Zeitung

Tel.: 01/524 63 10  
oder EUR 18,00\*  
an PSK 8812.733  
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort  
"Abo" nicht vergessen!

\*Sozialpreis für Menschen ohne  
eigenem Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben  
inkl. Porto und Versand

## SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld.  
Daher bittet die SLP um Spenden.  
Am besten regelmäßig  
(Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro  
Monat gibt's alle Publikationen  
der SLP (inkl. Broschüren) per  
Post nach Hause – ein "All-inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

## SLP &amp; CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI

[www.slp.at](http://www.slp.at)

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI

[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)

Site of the CWI in English (and other Languages)

[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

Special CWI Site on China (English, Chinese)

[www.chinaworker.org](http://www.chinaworker.org)

Páginas del CITE/CWI en español

[www.mundossocialista.net](http://www.mundossocialista.net)

TIPP: Auf [www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net) findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schweden, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland

Explosive Stimmung in Irland:

# Der "keltische Tiger" lahmt

von Wolfgang Fischer, SLP-Wien

Der Wirtschaftsboom der letzten Dekade in der Republik Irland wird - in Analogie zu den südostasiatischen Tigerstaaten auch oft als "keltischer Tiger" bezeichnet. Nun kam er zu einem abrupten Halt: betrug das Wachstum 2007 noch +6%, so stürzte es 2008 auf -3% ab, für 2009 wird ein Einbruch um weitere 6% prognostiziert. Basis für den enormen Aufschwung der Jahre 2000 bis Anfang 2008 bildete der überhitzte Boom in der Bauwirtschaft, der parallel eine Immobilienblase erzeugte und mit den damit verbundenen Billigkrediten die Konsumnachfrage ankurbelte. Die gegenwärtige Krise hat die darunter liegende Fragilität des Booms zum Vorschein gebracht, gleichzeitig aber auch eine enorme ökonomische, politische und soziale Krise erzeugt. Durch die enge Verflechtung der exportorientierten irischen Märkte mit internationalem Finanzkapital treffen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise die ArbeiterInnen in Irland in voller Härte. Die Arbeitslosenzahlen könnten bis Jahresende auf 500.000 (was 25% der ArbeiterInnenenschaft entspricht) ansteigen.

### Angriffe der Regierung

Beim Krisenmanagement haben KapitalistInnen immer dieselbe Antwort parat: die

Kosten der Krise müssen "von allen" (sprich: von den ArbeitnehmerInnen) getragen werden. Der drohende Kollaps der Anglo-Irischen Bank zwang die Regierung Ende Jänner zu einer Verstaatlichung. Den beiden Privatbanken Allied Irish Bank (AIB) und Bank of Ireland (BOI) wurde eine "Finanzspritze" von sieben Milliarden Euro aus Steuergeldern gegeben, um ihre "faulen Kredite" zu neutralisieren. Die Rettungspakete der Regierung für die Banken und deren ManagerInnen, den Hauptverursachern der Krise, haben bei vielen Menschen große Wut und die Bereitschaft für Aktivität und Kampfmaßnahmen hervorgerufen. Gleichzeitig wurde von der Fianna Fail/Green Party-Regierung für 2009 ein Budgetdefizit der öffentlichen Ausgaben von 18 Milliarden Euro vorausgesagt. Einnahmenseitig soll das entweder durch Steuererhöhungen, durch Kreditaufnahme oder durch massive Einsparungsmaßnahmen "kompensiert" werden - auch eine Kombination aller drei Maßnahmen ist möglich. Derzeit setzt die Regierung auf die "Teile und Herrsche" - Karte: sie versucht den Zusammenbruch in der Privatwirtschaft und den Verlust zigtausender Arbeitsplätze als Vorwand zu nutzen, um bei den vermeintlichen Privilegierten der öffentlich beschäftigten ArbeiterInnen den Rotstift anzusetzen zu können. ArbeitnehmerInnen im öffent-



lichen Dienst sollen zu einer zusätzlichen Pensionsabgabe verpflichtet werden, was einer Reallohnkürzung von 5-6% entspricht.

### Generalstreik am 30. März!

Auf Grund massiver Proteste gegen die Regierungsangriffe seitens der Gewerkschaftsbasis war die Gewerkschaftsführung ICTU (Irish Trade Union Congress) gezwungen, am 21. Februar 2009 in Dublin eine nationale Demonstration "zum Dampfblasen" zu organisieren. "There is a better, fairer way" - zu diesem inhaltslosen ICTU-Slogan und der

damit verbundenen Inaktivität der Gewerkschaftsspitze stehen die Aktivität und Radikalität von Teilen der Gewerkschaftsbasis im scharfen Kontrast. BusfahrerInnen bei Bus Eireann und Dublin Bus haben für Streikaktionen gegen Kürzungen votiert, ArbeiterInnen bei Waterford Crystal besetzen seit Wochen ihre Fabrik, um gegen die Schließung zu kämpfen. Die Civil and Public Service Union (CPSU), in der die Socialist Party (irische Schwestersektion der SLP) aktiv arbeitet, hat am 26. Februar einen eintägigen Warnstreik gegen die Pensionsabgabe geführt -

zahlreiche andere Gewerkschaften im öffentlichen Sektor haben daraufhin interne Abstimmungen über Kampfmaßnahmen begonnen. Der eintägige Generalstreik am 30. März muss jedenfalls genutzt werden, um ArbeitnehmerInnen aus Öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft gemeinsam gegen die Angriffe der Regierung zu mobilisieren. Nicht eine Neuaufgabe einer Sozialpartnerschaft, sondern nur eine unabhängige, demokratische und kämpferische Gewerkschaftsbewegung kann Jobs verteidigen und für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpfen.



### Neues aus dem CWI

#### Generalstreik in Frankreich

Die Wirtschaftskrise trifft Frankreich hart. Die Arbeitslosigkeit steigt dramatisch. Während die Regierung den Banken Milliarden zur Verfügung stellt, wird im Sozialbereich gespart. Die Antwort der französischen ArbeiterInnenklasse und Jugend ist aber eindeutig: "Nous ne paierons pas!" (Wir zahlen nicht!). Im Februar waren über eine Million, im März über zwei Millionen Menschen auf der Straße um gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung zu protestieren. 78% der FranzosInnen unterstützen die Streiks. Selbst eine Mehrheit der UMP-WählerInnen, der Partei Sarkozys solidarisieren sich mit der Bewegung.

Sarkozy gerät massiv unter Druck. Die Kraft der französischen ArbeiterInnenklasse und der Jugend hat schon einmal (2006) eine Regierung zu Fall gebracht. Das ist auch heute wieder möglich. Darüber hinaus bietet die Streikbewegung eine Chance die linken Kräfte im Land weiter aufzubauen. Gerade in Zeiten von Wirtschaftskrise, aufkommender Massenarbeitslosigkeit und Verarmung ist eine neue ArbeiterInnenpartei mit einem kämpferischen Programm dringend nötig um den Widerstand zu organisieren. Die neue antikapitalistische Partei, an der die Mitglieder des CWI in Frankreich mitarbeiten, ist ein Schritt in diese Richtung.

#### Europaweit wächst die Wut

Am 13. November protestierten in Spanien 70.000 gegen ein neues Schulgesetz und gegen Privatisierungen, aber auch gegen die Folgen der Rezession. Einen Tag später waren in Rom 300.000 SchülerInnen und Studierende auf der Straße. Hier war eine der Hauptlosungen: "Wir zahlen nicht für Eure Krise." Am 12. Dezember demonstrierten in ganz Italien sogar eineinhalb Millionen Menschen, darunter nicht nur Jugendliche, sondern auch Lohnabhängige. Am 13. Februar demonstrierten in Rom 700.000 Beschäftigte im Rahmen eines nationalen Streiktages. Protestiert wurde gegen das jüngste Lohnabkommen im Öffentlichen Dienst und gegen weitere Kürzungsvorhaben der Berlusconi-Regierung. In Griechenland kam es Anfang 2009 zu Streiks von Verkehrsbeschäftigten, einem Ausstand der Fluglotsen und zu Bauernprotesten, die zur tagelangen Blockade des Hafens von Piräus führten. Kurz nach dem Rücktritt der isländischen Regierung im Januar musste auch das Kabinett in Lettland abtreten - unter dem Eindruck einer 10.000 Menschen starken Demonstration.

www.socialistworld.net

# Europaweit linke Alternative aufbauen

Streiks und internationale Aktionstage

von Aron Amm, CWI-Deutschland

"Wir zahlen nicht für Eure Krise", das war der Schlachtruf der italienischen Bildungs-Streikenden im Herbst letzten Jahres. Die gleiche Losung wurde im Februar in Irland laut, als 120.000 Menschen gegen eine "Pensionsabgabe" protestierten. Und es ist auch das Motto der überregionalen Demonstrationen die am 28. März in verschiedenen europäischen Staaten stattfindet. Die globale Wirtschaftskrise hat gerade erst begonnen und wird keineswegs, wie Regierungen und Unternehmer noch kürzlich behaupteten, in diesem Sommer von einem neuen Aufschwung abgelöst werden.

### Keine Erholung in Sicht

Mittlerweile erwartet auch die Europäische Kommission frühestens 2010 eine ökonomische Erholung. In Osteuropa musste die Europäische Union soeben einspringen, um - nach Ungarn und Lettland - mit Rumänien bereits zum dritten Mal eine Staatspleite, zumindest vorläufig, zu

vereiteln. Es ist alles andere als ausgemacht, dass die Arbeiterbewegung auf dem europäischen Kontinent, die älteste und traditionsreichste Arbeiterbewegung auf diesem Planeten, ihren Widerstand geradlinig steigern wird. Der Rechtsruck der Gewerkschaftsführung und das Fehlen von Arbeiterparteien in den meisten Ländern erschwert die Gegenwehr. Es sticht aber hervor, dass schon am Beginn der Krise in Frankreich, Italien, Deutschland, Irland, Griechenland, Island, Lettland und anderswo gegen die Auswirkungen der Misere über vereinzelt Protestaktionen hinausgehend Demonstrationen und Streiks stattfanden.

### Kein Vertrauen in "die da oben"

Überall existiert ein tief sitzender Hass gegen das Establishment. Es gibt kein Vertrauen, dass "die da oben" im Interesse der großen Mehrheit handeln. Mit Island und Lettland sind bereits in zwei Ländern Regierungen zu Fall gebracht worden; in Griechenland und anderen Staaten mussten einzelne Minister ih-



ren Hut nehmen. Die ungarische Regierung ist ebenfalls stark angeschlagen. Ein erfolgreicher Kampf in Zeiten tiefer Rezession erfordert antikapitalistische und sozialistische Antworten. Der Rechtsruck der Gewerkschaften und die Schwäche der politischen Linken verkompliziert Bewusstseinsprozesse in der Arbeiterbewegung. Es besteht die Gefahr, dass auch nationalstische und sogar offen rechtsextreme Kräfte punkten können.

Verbreitet ist aber heute schon die Haltung, dass Politiker, Bankbesitzer und die oberen Zehntausend auf Ko-

sten der großen Mehrheit der Bevölkerung ihre Haut und ihre Vermögen retten wollen. Ein nationaler Streiktag in Frankreich am 19. März (und ein möglicher Generalstreik in Irland am 30. März) können ArbeiterInnen und Jugendliche in Deutschland und anderen Ländern darin bestärken, mit ihren Regierungen ebenfalls "Französisch" zu reden. (siehe internationale Notizen)

### Aktionstag der Gewerkschaften am 16. Mai 2009

Es ist auch nicht auszuschließen, dass der Aktionstag des

Europäischen Gewerkschaftsbunds am 16. Mai nicht, wie von oben geplant, hilft, um Dampf abzulassen und auf die Sozialdemokratie bei den Europawahlen am 7. Juni zu orientieren, sondern der Bewegung weiteren Auftrieb gibt. Damit ist noch nicht ausgemacht, dass es zu dem vom Guardian befürchteten "heißen Frühjahr" kommt; ins Schwitzen werden die Sarkozys und Merckels aber alle mal geraten.

(Stark gekürzt. Ganzer Artikel auf [www.slp.at](http://www.slp.at))

# VORWÄRTS

sozialistische zeitung

## NAZI-AUFMÄRSCH in Oberösterreich stoppen!



FPÖ kann unter Jungwählern punkten – Nazis versuchen die Strasse zu erobern –  
Wir mobilisieren dagegen

von Jonas Honauer, SLP - Linz

"Umstrittene Rechtspartei NVP plant Aufmärsche in Braunau und Linz - Politiker drängen auf Untersagung, die Behörden lassen sich aber Zeit" (Der Standard, 20.3.2009) Tatsächlich sollen am 18.4. - zwei Tage vor Hitlers Geburtstag - in Braunau und am 1. Mai in Linz jeweils ein rechter Aufmarsch stattfinden. Wir meinen, dass ein Verlassen auf die Behörden falsch ist - nicht nur der 18.4. in Braunau, sondern vor allem der 1. Mai in Linz hat Nazi-frei zu bleiben!

**Nazis wollen Tag der Arbeit vereinnahmen**

Einen "Arbeitermarsch gegen Globalisierung und Kapital" hat die NVP für den 1.5 angekündigt. Doch wer ist die NVP? Die NVP ist eine 2007 gegründete Partei rund um den ehemaligen Anführer der neonazistischen Gruppen Kameradschaft Germania und Nationaldemokratisches Aktionsbüro (NDAB), Robert Fallner. Sie bekennet sich u.a. zum "Deutschtum" und zur "Volksgemeinschaft". Sie gibt sich ein legales Bild und beteiligt sich bzw. organisiert rassistische Aufmärsche. Ein zen-

traler Slogan der Jungen NVP lautet "frei + sozial + national", ein typischer Leitspruch neonazistischer Gruppen. Was unter sozial und national zu verstehen ist, versteckt die NVP zwischen den Zeilen ihres Programms: Sie will den Klassenkampf abschaffen und uns in eine Volksgemeinschaft zwingen, welche sich nach ihren, nationalistischen und rassistischen Vorstellungen gliedert. Wer aufmuckt oder vor allem auch "biologisch" (aufgrund seiner Herkunft etc...) nicht dazu passt, der soll nichts zu lachen haben. Die NVP kündigt vor geraumer Zeit einen Aufmarsch am 1. Mai an, welcher bis zum heutigem Datum nicht behördlich verboten wurde. Im Fahrwasser der NVP befinden sich auch rechte Schlägertrupps, die öfters zu Aktionen auftauchen. Aus diesem Grund hat sich ein Antifa-Bündnis gebildet welches im Wesentlichen bestand aus SJJ/Funke, SLP, Infoladen Treibband und dem oberösterreichischem Antifa - Netzwerk. Leider wollen aber hier wesentliche Teile des Bündnisses nicht auf "ihren" eigenen 1. Maiaufmarsch verzichten und stattdessen nur zu einem Fackelzug am 30.4 mobilisieren. Doch selbst wenn es zu einem

offiziellen Verbot kommt wäre das der falsche Weg!

**Gemeinsame Mobilisierung am 1. Mai ist nötig**

Wir wissen, dass die Faschisten sich an Verbote nicht halten - und auf die Behörden kein Verlass ist, dass sie einen solchen Aufmarsch stoppen. Im Gegenteil ist davon auszugehen, dass sich das durch den Freispruch beim Prozess des "Bund freier Jugend" gestärkte Selbstvertrauen der Szene in einem starken Nazi-Auftrieb am 1. Mai manifestieren wird - egal ob erlaubt oder nicht. In Ried sind die Rechtsextremen trotz Verbot marschiert - verhaftet wurden die Antifaschisten. In Linz wurde eine Antifademogruppe von BFJlern angegriffen - die Polizei tat nichts. In Tirol gab es vor kurzem einen legalen, als Trauermarsch getarnten, Neonazi-Aufmarsch. Die Beispiele lassen sich fortsetzen. Die Frage ist nun, was tun wir als AntifaschistInnen? Wir verstehen den Wunsch, keine Kräfte vom traditionellen Maiaufmarsch abzuziehen. Aber warum geht es am 1. Mai? Es geht darum, ein starkes Zeichen der ArbeiterInnenbewegung gegen Krise, Kapitalismus und Fa-

schismus zu setzen. Wenn wir uns auf die traditionellen Aufmärsche beschränken, ermöglichen wir den Nazis, an diesem Tag durch Linz zu marschieren. Wenn dies geschieht, ist das eine schwere Niederlage für die antifaschistische Bewegung in Österreich - und bedeutet eine weitere Stärkung des rechten Lagers. Wir möchten dringend an alle Organisationen des Bündnisses, aber auch an AntifaschistInnen aus anderen Teilen Österreichs, appellieren wirklich alles zu tun, um den geplanten Naziaufmarsch zu verhindern. Das bedeutet, gemeinsam eine starke antifaschistische Demonstration am 1. Mai zu organisieren.

**Mobilisieren ist gut, aber Potential für linke Alternative muss genutzt werden!**

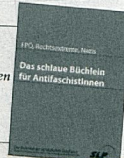
Eine neue Studie hat ergeben, dass in der österreichischen Gesellschaft die Zustimmung zu Nationalismus und der politischen Rechten, nicht weniger ausgeprägt ist, als jene zu linken, sozialistischen und kommunistischen Antworten und Alternativen. Die Studie prognostiziert auch, dass diese Polarisierung durch die Krise weiter steigen wird. Wir mei-

nen: Das Drama lautet, dass die Rechten mit der FPÖ eine Wahlpartei haben, die derzeit von Erfolg zu Erfolg eilt und das Kräfteverhältnis, bzw. die Stimmung im Land hier in gefährlicher Weise permanent verschiebt. Durchbrochen kann diese Entwicklung dann werden, wenn es uns gelingt linke Kräfte um konkrete Fragen zu sammeln und mittelfristig eine politische Alternative, eine neue linke Kraft in Österreich aufzubauen. Dafür kämpfen wir auch am 18.4 und am 1. Mai! Fahr mit uns zu dem Demos!

**Neue Antifa Broschüre:**

In unsere neuen Broschüre "FPÖ, Rechtsextreme, Neonazis - Das schlaue Büchlein für AntifaschistInnen" behandeln wir die Problematik des Rechtsrucks, den Charakter der FPÖ und Argumente, Zahlen & Fakten zur rechten Szene in Österreich.

Das schlaue Büchlein für AntifaschistInnen kannst du auf [www.slp.at](http://www.slp.at) bestellen!



**Wofür wir stehen**

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögensteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung, Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Vermarktung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

**► Mehr Programm!**

Das Programm der Sozialistischen Linkspartei 40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

**Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) Web [www.slp.at](http://www.slp.at)**